

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/13

Hannover, 30. Jan. 1948

Der Westkomplex

P.R. "Also doch: Weststaat", "Bevin proklamiert Westblock" - so und ähnlich lauten die beliebtesten Schlagzeilen der Ostzeitungspresse und der russischen Zeitungen selbst. Das Wort "Westen" scheint in Bausch und Bogen in Acht und Bann getan, was in irgend einer Form mit dem Westen zu tun hat; taugt nichts und wird verworfen - im Osten. Hat es Sinn, sich mit dieser Tatsache kritisch auseinanderzusetzen?

Im Westen weiß man ohnehin Bescheid. Man kennt die relativen Vorzüge der eigenen Situation aus vergleichenden Berichten verlässlicher Freunde im Osten. "Das Neue Deutschland" und die "Tägliche Rundschau" könnten daran auch nichts ändern, wenn sie in einem noch größeren als dem VB-Format erschienen und in einer Riesenaufgabe nach dem Westen kämen. Hier zeigen sich, für ihre Träger erschreckend deutlich, die Grenzen einer Agitation in einem Land voller gebrannter politischer Kinder, die das Feuer scheuen. Ein Rußlandheimkehrer wiegt hundert SED-Publizisten auf. Aus diesen Gründen ist auch die Situation der KP in den Westzonen auf die Dauer und aufs Ganze gesehen hoffnungslos, was nicht ausschließt, daß sie hier und da einmal lokale Erfolge haben können. Im Osten aber gibt es ohnehin nur ein Argument - den Machtanspruch des russischen Offiziers und Administrators, im Vergleich zu dessen brutaler Härte die Wünsche und auch die Befehle der bizonalen Alliierten ein freundlicher Zuspruch sind.

So mag jedes Wort über den Westkomplex des Ostens auf den ersten Blick verschenkt erscheinen. Aber es gibt in der Politik Dinge, die man immer wieder klärstellen muß, weil - eine bittere Erfahrung hat gerade uns Deutsche das gelehrt - eine bis zur Stupidität hartnäckige Propaganda immer einen gewissen Schaden anrichten kann, auch wenn sie die absurdeste These vertritt. Der "Weststaat" gehe auf die Teilung Deutschlands aus und wolle den deutschen Westen unter die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus bringen und der Westblock, sein Gegenstück auf internationaler Ebene, wolle dem europäischen Westen das gleiche Schicksal bereiten. Was an diesen Behauptungen, die unermüdlich wiederholt werden, immer wieder erstaunt, ist die mit dem Wesen totalitärer Machtgebilde allerdings unlöslich verbundene Unverfrorenheit, mit der handgreifliche und unverwischbare Tatbestände ignoriert und geleugnet werden.

In Wirklichkeit waren es die Sowjetunion und die SED, die unmittelbar nach Kriegsende aus dem Gebiet jenseits von Odër und Neisse ein Gebiet östlicher Prägung im politischen Sinne zu machen bemüht waren. Sie schufen Verwaltungs- und Wirtschaftsformen, die sich vom übrigen Deutschland radikal unterschieden, sie preßten das politische Leben in die Zwangsjacke eines diktatorischen Einheitswillens und verhinderten jede praktische Zusammenarbeit mit dem Westen. Nun empören sie sich über die unausbleibliche Reaktion im Westen und beschwören heuchlerisch die deutsche Einheit, die sie und niemand anderes bis an den Grad der Zerstörung gefährdeten und weiter gefährden.

Und wie in Deutschland, so in Europa. Der eiserne Wille Moskaus hat aus den Regierungen in Warschau, Prag, Belgrad, Budapest, Bukarest und Sofia willenslose Werkzeuge gemacht, die in jeder Regung sowjethörig sind, auch in ihrem zynischen Spiel mit der Volksdemokratie, an die sie nicht nur selbst nicht glauben, sondern an die zu glauben sie im Grunde niemanden ernsthaft zumuten. Die Reaktion darauf, den engeren Zusammenschluß der europäischen Weststaaten, aber quitiert der Osten mit einer Flut von Verdächtigungen, nur weil man sich im Westen erdreistet, jenes Spiel nicht widerspruchslos bis zur letzten Konsequenz gedeihen zu lassen.

Die Politik Moskaus ist auf Mißtrauen aufgebaut. Es gibt Argumente, mit denen man im Krenl diese Einstellung weitaus wirksamer begründen könnte als damit, Weststaat und Westblock wollten die Gegenkräfte gegen Rußland organisieren. Hier ist die russische Beweisführung besonders schwach, denn sie läßt Tatsachen außer Acht, die jeder sonst kennt. Den Westen wird das nicht beirren dürfen. Seine einzige Chance liegt in seiner festen Haltung.

Aufklärungs-Feldzug der Labour Party

Mit der Herausgabe einer Broschüre "Industrielle Demokratie" hat die englische Labour Party soeben einen neuen, auf lange Sicht abgestimmten Propaganda-Feldzug eröffnet. Ziel dieser Aufklärungscampagne ist nach einer Mitteilung des Transport-Houses die Erhöhung der Mitgliederzahl, die Unterrichtung der Wähler über die bisher von der Labour-Regierung geleistete große Arbeit und die Widerlegung der üblen Behauptungen, die von den Konservativen, vor allem durch die englische Provinzpresse, verbreitet werden. In allernächster Zeit werden weitere Broschüren in Druck gegeben, die unter dem Sammeltitel "Fragen, über die man spricht" figurieren und deren erste den Lesern Anhaltspunkte zur Beantwortung von Fragen geben will, die "beim Schlangenstehen" erörtert werden. Eine weitere soll über die geplanten nächsten Schritte der Verstaatlichung informieren.

(B.65/301/hs)

Sozialdemokratische Finanzpolitik in Schweden

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Der schwedische Reichstag eröffnete seine neue Sitzungsperiode unter ungewöhnlich starkem Zustrom von Zuhörern mit einer eingehenden Diskussion des Staatsvoranschlages für 1948/49. Zum Unterschied von den für schwedische Verhältnisse außerordentlich gehässigen Angriffen der bürgerlichen Presse, die deutlich im Dienste der Propaganda für die diesjährigen Reichstagswahlen stand, war die Parlamentsdebatte im allgemeinen viel sachlicher. Ministerpräsident Erlander und Finanzminister Wigfors, die im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen mit den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten standen, konnten sich glänzend durchsetzen.

Der Staatsvoranschlag zeichnet sich durch drei Hauptmerkmale aus. Das Sozialprogramm, das u.a. für alle schwedischen Staatsbürger auskömmliche Alterspensionen, für alle Mütter jährliche Kinderbeiträge von 260 Schwedenkronen pro Kind vorsieht, wirkt sich im neuen Staatsvoranschlag zum ersten Male voll aus. Zur Erfüllung dieser Aufgaben stehen im neuen Finanzplan 1.338 Mill. Kronen zur Verfügung, das sind 32 Prozent der Gesamtausgaben. Hiervon sollen auf Alterspensionen 700 Mill. Kr., auf den Kinderbeitrag 420 Mill. Kr. entfallen.

Die zweite bedeutende Veränderung bezieht sich auf das Schulwesen, dessen Ausgaben - 531.5 Mill. Kr. - im neuen Finanzjahr noch um 91.5 Mill. Kr. höher sein werden als im laufenden Verwaltungsjahr. Insbesondere sollen die Ausgaben für das Elementarschulwesen und für die Schulhausspeisungen erhöht werden.

Das dritte Merkmal sind die Steuererhöhungen auf entbehrliche Waren und Dienstleistungen, wodurch dem Staate etwa 400 Mill. Kr. zufließen sollen. Diese Steuererhöhungen sind nicht zur Ausgleichung des Budgets notwendig, denn den vorgesehenen Gesamt-Ausgaben von 4.230 Mill. Kr. stehen Staatseinnahmen von 4.770 Mill. Kr. gegenüber. Die Steuererhöhungen führen demnach zu einem erheblichen Budgetüberschuß. Diese Maßnahmen sollen dazu dienen, überschüssige Kaufkraft abzuschöpfen, denn auch in Schweden stehen umfangreichen Spargeldern verhältnismäßig geringe Warenmengen gegenüber, so daß auf die Warenpreise andauernd ein inflationistischer Druck ausgeübt wird.

Steuererhöhungen sind immer unpopulär und die Oppositionspresse - bürgerliche wie kommunistische - hat die Gelegenheit reichlich ausgenutzt, um Stimmung gegen die sozialdemokratische Regierung zu machen. Aber auch in den Steuererhöhungen drückt sich der Wille der Regierung aus, diese zusätzlichen Lasten vor allem auf die bemittelteren Schichten abzuwälzen. Die neuen Steuern beziehen sich im wesentlichen auf Luxus- bzw. Vergnügungsobjekte. So wurden z.B. die Autosteuern erhöht, die Kinoeintrittspreise, die Lotterielose, die in Schweden sehr beliebten Wett-Tipps u.a. besteuert. Um den "Rööl-Import, der mit den rar gewordenen Dollarguthaben bezahlt werden muß, stärker zu crosseln, wird das Autopbenzin in stärkerem Maße besteuert. Dem gleichen Zwecke dienen die erhöhten Tabak- und Spiritusconsteuern und die Besteuerung von Schokoladenwaren. Die all-gemeine Umsatzsteuer war kürzlich abgeschafft

worden, da sie den lebenswichtigen Konsum der ganzen Bevölkerung belastete, durch eine Steuerreform wurden ferner die Einkommensteuersätze für kleine Einkommen außerordentlich stark vermindert, die hohen Einkommen stärker belastet. Infolge Verringerung der Ausbildungszeit wurden die Militärausgaben um 62 Mill. auf 736 Mill. Kr. reduziert.

So zeigt der schwedische Staatsvoranschlag das ehrliche und erfolgreiche Bemühen einer sozialdemokratischen Regierung, ohne zusätzliche Belastung der minderbemittelten Volksschichten die Nachkriegsprobleme zu meistern und trotz der internationalen Schwierigkeiten, die sich selbstverständlich auf Schweden, das sehr stark auf den Außenhandel angewiesen ist, ungünstig auswirken, ein verbildlichtes Sozialsystem aufzubauen.

Man munkelt in München...

K.München, Ende Januar 1948

Ein bayerischer Journalist, der sehr genau mit den Feinheiten (und Grobheiten) der bayerischen Innenpolitik und der Zustände innerhalb der Parteien vertraut ist, erklärte am Tage vor der Landesschlußsitzung der CSU in Marktredwitz (Oberfranken), Josef Müller werde mindestens 80 Prozent aller Stimmen bekommen. Falls er sie nicht aus den Reihen seiner Anhänger bekommen sollte, so werde die Opposition dafür sorgen, daß er sie bekomme. Baumgartner werde nach Marktredwitz der erste sein, der einen Spähtrupp aus den Reihen der CSU in das Gebiet der Bayern-Partei unternehmen werde und jene Kreise, die hinter der Opposition stehen, würden sich, sobald der Spähtrupp günstig verlaufen sei, dem Unternehmen anschließen. Voraussetzung für einen "kleinen Auszug", man rechnet mit ungefähr 12 CSU-Abgeordneten und einigen Persönlichkeiten des Hundhammer-Flügels, sei, daß die Bayern Partei zumindest in ihrer Führung politisch salonfähig wird, d.h. dass man als erstes ihren Inspirator, Herrn Lallinger, kaltstellt und dass man weiterhin dafür sorgt, dass Herr Fischbacher in Zukunft nicht mehr allzu viel Gelegenheit hat, seine bajuvarischen Blut- und Rassen-theorien als typisch für die ganze Richtung proklamiert.

Bemerkenswert schnell sind wichtige Punkte dieser Prognose in Erfüllung gegangen. Die Salonfähigkeit der neuen Partei wurde zweifellos gefördert durch die Anwesenheit von beifallklatschenden Mitgliedern des Hauses Wittelsbach auf der ersten Grosskundgebung der Bayern Partei in München. Über die zukünftige Entwicklung dieser Partei gibt es widersprechende Mutmassungen. Die Bayern Partei selbst behauptet zwar, sie stünde links von der CSU, und dies trifft sicher insoweit zu, als sie links von dem rechten Flügel der jetzigen Regierungspartei steht. Aber das will bekanntlich nicht viel heißen.

Ausschlaggebend für die weitere Entwicklung scheinen uns zwei Punkte zu sein:

1. Wie verhält sich der Klerus?
2. Wie schnell wird eine schon jetzt bemerkbare Spannung zwischen royalistisch- und föderalistisch-demokratischen Anhängern der Bayern Partei zum Konflikt heranreifen?

Es gibt noch keine Kennzeichen dafür, dass der bayerische Klerus eindeutig für oder wider Stellung nimmt. Es ist aber damit zu rechnen, dass, vor allem in Oberbayern, starke Sympathien innerhalb der Geistlichkeit für dieses Gebilde vorhanden sind und noch weiter wachsen. Sollte Herr Hundhammer tatsächlich eines Tages an der Spitze des kleinen "Auszuges" in das neue Lager hinüberwechseln, so wird damit dokumentiert, dass der hohe Klerus offiziell oder stillschweigend seinen Segen gegeben hat. Sollte gar noch Herr Pfeiffer in absehbarer Zeit in den Reihen der Lallinger-Schöpfung erscheinen, so bedeutet dies nichts mehr und nichts weniger, als dass dieses Konkurrenzunternehmen der CSU den Rang ablaufen wird, nicht etwa, weil die Partei, der Pfeiffer angehört, kraft seiner Persönlichkeit die stärkste wird, sondern weil Pfeiffer der stärksten Partei angehören wird. Das wieder ist seine Stärke. Er wäre auch ein sehr geeigneter Kandidat, um den letzten schwachen Punkt des neu gebildeten Direktoriums Baungartner/Hermann Aumer/Fischbacher zu ersetzen.

• Andere gut unterrichtete Bürgerkreise behaupten allerdings, dass Fritz Schäffer, der ehemalige Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei und der erste Ministerpräsident Bayerns nach dem Zusammenbruch, recht bald im Kreise dieses Direktoriums erscheinen könnte, um dann, ebenfalls recht bald, dieses Direktorium durch einen ersten Vorsitzenden, der eben Schäffer heißen würde, abzulösen. OMGUE Berlin hat bekanntlich das politische Betätigungsverbot für Schäffer aufgehoben. Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Bayern Partei in absehbarer Zeit auf Länderbasis zugelassen wird. Man vermutet, dass sie vielleicht eine ähnliche interessante Entwicklung nehmen wird wie die SSV, das heisst, dass sie im Zuge ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung - gegründet auf die zwar nicht Speck, aber immerhin Milch und Käse liefernden Haupternährungsgebiete - sehr bald von "Bayern nicht bayerischer Abstammung" unterwandert wird. Im politischen Leben Deutschlands ist so etwas zur Zeit wohl mehr eine Nützlichkeits- und Kalorien-, als eine Prinzipienfrage.

Die CSU dürfte auf alle Fälle noch im Laufe des Jahres 1948 beträchtlich an Stärke verlieren. Dieser Prozess kann unter Umständen so weit vorschreiten, dass die CSU im Endeffekt eine kleine Zentrumspartei des Südens darstellen wird. Dieser Endeffekt kann vor allem dadurch zustandekommen, dass nicht nur die Rechtskreise zu den "Bayern" abwandern, sondern auch Leute mit sozialen Tendenzen belehrt durch diesen Zerfallsprozess des bürgerlichen Flügels nunmehr nach links Anschluss suchen werden. Bei geschickter Ausnutzung der jetzt entstandenen Situation ist es denkbar, dass die bayerischen Sozialdemokraten die Nutzniesser dieser Entwicklung sein werden. (b/B40/2/he)

Robert Wiener gestorben

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an Wenzel Jakesch, zur Zeit London, das folgende Beileidstelegramm zum Tode des soeben verstorbenen früheren Fraktionssekretärs der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei, Dr. Robert Wiener, gerichtet:

"Der unerwartete und frühe Tod unseres gemeinsamen Freundes Robert Wiener ist für uns alle ein schwerer Verlust. Euch und der Pa-

Das andere Deutschland

In den letzten Tagen sind die Tagebücher des 1944 hingerichteten ehemaligen deutschen Botschafters Ulrich von Hassel und die Erinnerungen von Hans Bernd Gisevius in englischer Übersetzung erschienen. "Ihr Zeugnis läßt", so schreibt "Manchester Guardian", "erkennen, daß es auch im Nazi-Irrnhaus Männer in verantwortlichen Stellen gab, die die Tyrannei haßten und die ihre Folgen ebenso klar vorhersahen wie irgendein fremder Beobachter. Das war Deutschlands Tragödie - und auch unsere. Wäre Hitler irgendwann zwischen 1935 und 1943 abserviert worden, so würde Europa heute ein wesentlich anderes Bild abgeben. Uns Engländern fließen diese beiden Bücher Achtung vor jenen Kreisen in Deutschland ein, die als Europäer und nicht als Gangster dachten. Am schlimmsten ist, daß Hitler vor seinem Tod rücksichtslos eine Elite möglicher Führerschaft vernichtete. Wir fühlen ihr Fehlen heute. Der Mangel des "anderen Deutschlands" verstärkte das deutsche Chaos und damit auch die tiefe Aufspaltung Europas. Hätte es eine deutsche Gegenregierung anständiger Menschen gegeben, so hätte die Besatzungspolitik (trotz der dummen Forderung nach "bedingungsloser Kapitulation") sicherlich andere Formen angenommen und die Kluft zwischen Ost und West wäre wahrscheinlich nie so gefährlich breit geworden."

(B. 65/301/hs)

Die Tories als lachende Dritte

Erstmals seit den Wahlen von 1945 ist jetzt bei einer englischen Nachwahl der Kandidat der Labour Party auf der Strecke geblieben. Der Bezirk Camlachie, einer der traurigsten Slums Glasgows, wählte Mittwoch den Nachfolger des vor kurzem verstorbenen Campbell Stephen, der als Unabhängiger lange Jahre dem Unterhaus angehört hatte, 1947 sich dann aber offiziell der Labour Party angeschlossen hatte. Die Nachwahl brachte überraschend dem konservativen Kandidaten G.S. Mc Parlane eine Mehrheit von 395 Stimmen - weil die Unabhängigen Sozialisten einen eigenen Kandidaten aufgestellt und dadurch eine Spaltung der sozialistischen Stimmen bewirkt hatten, deren lachender Nutznießer eben Mc Parlane war. Mit den für Annie Maxton, die Kandidatin der LLP, abgegebenen Stimmen hätte der Kandidat der Labour Party, John Inglis, eine ganz klare Mehrheit erreicht und auch die 25. Nachwahl zum englischen Haus zu einem Erfolg für die Labour Party werden lassen. So aber zieht ein Konservativer als Abgeordneter für das Arbeiterviertel Camlachie ins Unterhaus ein - eine gute Lehre für die sozialistischen Wähler Englands.

(B. 65/301/hs)